Markt und Moneten ; Politik für Zyniker

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **101 (2021)**

Heft 1089

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

MARKT UND MONETEN

AUFGETAUTE MAMMUTS

Könnte man tiefgefrorene Zellen eines Mammuts heute auftauen und per Gentechnik wiederbeleben, würde das Urtier in freier Wildbahn nicht lange überleben. Anders als heutige Lebewesen hätte es Jahrtausende an evolutionären Prozessen verpasst. Sein Körper und sein Immunsystem wären nicht an die heutige Umwelt angepasst.

Auch in der Wirtschaft spielen evolutionäre Prozesse eine grosse Rolle. Nur laufen sie hier deutlich schneller ab: Ein Unternehmen, das für zwei, drei Jahre eingefroren und danach wieder aufgetaut wird, hat ähnlich schlechte Überlebenschancen auf den internationalen Märkten wie ein wiederbelebtes Eiszeitmammut in der heutigen Welt.

Dennoch haben Ökonomen zu Beginn der Coronakrise publikumswirksam gefordert, die Wirtschaft in ihrem damaligen Zustand bis ans Ende der Krise einzufrieren, um bestehende Strukturen aufrechtzuerhalten. Genau das ist passiert: Mit Notfallkrediten und langanhaltenden Kurzarbeitsentschädigungen – betroffen waren in der Schweiz bis zu 26 Prozent der Erwerbstätigen – wurde die Wirtschaft im Tiefschlaf gehalten. Anders als in den USA verliessen relativ wenige Arbeitnehmer ihre Stelle, um sich neu auszurichten. In der Krise sind auch nicht, wie man hätte erwarten können, mehr Firmen in Konkurs gegangen als in früheren Jahren, sondern deutlich weniger (im Jahr 2020 lagen diese 20 Prozent unter dem Vorjahr).

Durch staatliche Massnahmen wurde der Strukturwandel also während der Krise in Tiefschlaf versetzt und abgebremst. Kurzfristig bieten solche Massnahmen gewisse Vorteile. Doch werden die staatlichen Massnahmen nicht bald ganz aufgehoben, wird es unserer Wirtschaft in Zukunft wie einem aufgetauten Mammut gehen: Sie wird nicht mehr optimal an die Umwelt angepasst sein. Es drohen uns dann eine Konkurswelle sowie längerfristig höhere Arbeitslosigkeit.

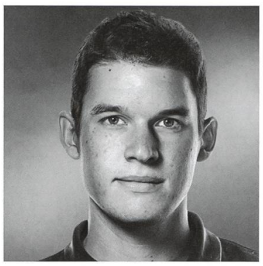
Unternehmen in der Schweiz haben immer wieder gezeigt, wie anpassungsfähig sie sind. Es ist an der Zeit, auf diese Anpassungsfähigkeit zu vertrauen und gutgemeinte staatliche Massnahmen in allen Bereichen zurückzufahren.

Alexandra Janssen

leitet die Vermögensverwaltung innerhalb der Ecofin-Gruppe. In ihrer Kolumne befasst sie sich mit den praktischen Erkenntnissen, die sich aus der ökonomischen Theorie ergeben.

POLITIK FÜR ZYNIKER

NOMEN EST PIPIFAX



Weltweit gibt es rund ein Dutzend Staaten, die «demokratisch» in ihrer offiziellen Bezeichnung tragen. Es handelt sich um Länder wie die Demokratische Republik Kongo, die Demokratische Bundesrepublik Äthiopien oder die Demokratische Volksrepublik Nordkorea. Die Namen stehen in einem gewissen Kontrast zu den realen Verhältnissen: Tatsächlich ist die Bezeichnung «demokratische Republik» so ziemlich der zuverlässigste Hinweis auf eine blutrünstige Diktatur.

Was paradox wirkt, ergibt auf den zweiten Blick durchaus Sinn: Je autokratischer ein Staat ist, desto angestrengter muss er den Anschein erwecken, demokratisch zu sein. Eine Demokratie hingegen braucht sich darum nicht zu scheren, sie kann sich auch einen bizarren Namen wie «Schweizerische Eidgenossenschaft» geben.

Das Phänomen zeigt sich auch in anderen Bezeichnungen: Im Iran ist die paramilitärische Basidsch-e Mostaz'afin – zu Deutsch: «Die Mobilisierten der Unterdrückten» – für brutalste Repression und Unterdrückung bekannt. Die britische Labour Party ist zu einem Club urbaner Feelgood-Sozialisten geworden, während die Arbeiter längst zu den Konservativen übergelaufen sind.

Überhaupt sind Worte in der Politik ein beliebtes Mittel, um Dinge zu verschleiern. Politiker, die sich besonders penetrant auf das «Volk» und das Allgemeinwohl berufen, sind oft jene, die am schamlosesten die eigenen Interessen verfolgen. Und erstaunt es jemanden, dass die lautesten Vorkämpfer gegen «strukturellen Rassismus», «Dominanzkultur» und «Microaggression» oft gelangweilte, weisse Oberschichtssprösslinge sind? Während sie an illegalen Demonstrationen die Abschaffung der angeblich rassistischen Polizei fordern, fehlt ebendiese Polizei in den Minderheitenvierteln, in denen als Folge davon mehr Menschen – mehr Schwarze – ermordet werden.

Im Film «Ernstfall in Havanna» wird die kubanische Bardame von der gutmeinenden Schweizer Fotografin gefragt, ob die Revolution den Kubanern ein besseres Leben gebracht habe, worauf sie antwortet: «Die Revolution brachte uns längere Reden.» Schöne Worte als Ersatz für echte Verbesserungen – die Taktik hat nichts von ihrer Beliebtheit verloren.

Lukas Leuzinger

ist stv. Chefredaktor dieser Zeitschrift. In seiner Kolumne schreibt er darüber, was Politiker sagen – und was sie dann tatsächlich tun.